

Anzug betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus

25.5147.01

Gemäss Antisemitismusbericht 2024 haben in der Schweiz die antisemitischen Übergriffe seit dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas vom Oktober 2023 zugenommen. Die Steigerung gegenüber dem Jahr 2023 beträgt 42,5%, jene gegenüber dem Jahr 2022 sogar 287%. Neben antisemitischen Aussagen kam es zu Beschimpfungen, Schmierereien und tätlichen Angriffen, darunter ein Messerangriff in Zürich, bei dem das Opfer nur knapp überlebte. Die Täterschaft stammt dabei aus ganz unterschiedlichen Milieus: Rechtsextreme, Linksextreme, Islamisten, verschwörungsaffine und staatsfeindliche Subkulturen, und das radikal propalästinensische Lager werden im Bericht genannt.

In der Schweiz und in Basel, wo die persönliche Freiheit und Unversehrtheit grundlegende Menschenrechte sind, darf es nicht sein, dass ein Teil unserer Bevölkerung in Furcht leben muss. Doch für Jüdinnen und Juden in Basel und der übrigen Schweiz besteht leider Anlass, sich nicht mehr unbeschwert im öffentlichen Raum bewegen zu können. Diesen Zustand darf eine freiheitliche Gesellschaft nicht hinnehmen. Es besteht dringender und umfassender Handlungsbedarf.

Die bisher getroffenen Massnahmen sind zwar richtig und helfen auch mit, gewisse Gefahren zu reduzieren, reichen aber ganz offensichtlich nicht aus. Es braucht schnell weitere wirksame Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Die Bekämpfung von Antisemitismus muss ganzheitlich angegangen werden. Neben Prävention in den Schulen ist eine Sensibilisierung in der Zivilbevölkerung gefragt und es braucht eine konsequente Verfolgung von antisemitischen Straftaten durch die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden. Die Israelitische Gemeinde Basel (IGB), der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) und das Zentrum für Jüdische Studien der Universität Basel und evtl. andere Betroffene und/oder fachkundige Vereinigungen sind in deren Erarbeitung einzubeziehen.

Da mehrere kantonale Dienststellen in dieser wichtigen Aufgabe Verantwortung tragen, braucht es Koordination. Daher soll eine «Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus» einberufen werden, die alle relevanten staatlichen und privaten Institutionen einbindet. Insbesondere soll sie die interdepartementale Zusammenarbeit effizient koordinieren und rasch umsetzbare Massnahmen erarbeiten.

Die Task-Force soll aus bestehenden Ressourcen gebildet werden, insbesondere aus Fachpersonen und Stellen, die sich bereits interdepartemental mit dieser Thematik befassen. So entstehen keine zusätzlichen Kosten, sondern die vorhandenen Kompetenzen werden gezielter genutzt.

Im Rahmen der Taskforcearbeit sollen bereits hängige politische Forderungen zur Bekämpfung von Antisemitismus zügig und fokussiert bearbeitet werden.

Der Anzugsteller bittet den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- a) Den Einsatz einer «Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus».
- b) Welche Massnahmen zur Antisemitismus Bekämpfung vom Kanton sofort umgesetzt werden können.
- c) Inwiefern diese Taskforce aus bestehenden Ressourcen zusammengesetzt werden kann.

Raoul I. Furlano, Philip Karger, Olivier Battaglia, Daniel Hettich, Gabriel Nigon, Michael Hug, Alex Ebi, Adrian Iselin, Lukas Faesch, Catherine Alioth, Annina von Falkenstein, Nicole Strahm-Lavanchy